

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gefaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mk., bei Plakatschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gefaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigabtheilungen und alle Postanstalten entgegen.

Die Pariser Konferenz.

Kurze Entlassungsrisen — hohe Reparationssummen. — Anerkennung Estlands und Lettlands.

Paris, 25. Januar. (Havas.) Die Sachverständigen für militärische, Marine- und Luftschiffahrtsangelegenheiten trafen heute vormittag unter dem Vorsitz Fochs zusammen. Die Sachverständigen, die von dem Obersten Rat beauftragt worden waren, eine Liste aufzustellen über die Vertragsverletzungen Deutschlands, sowie Maßnahmen vorzuschlagen, die zu treffen wären, bildeten drei Kommissionen, je eine für militärische, maritime und Luftschiffahrtsangelegenheiten. Die Kommissionen waren in ihren Entschlüssen einig. Nachmittags versammelten sich die Sachverständigen wiederum, um den Gesamtbericht über die einzelnen Berichte der drei Kommissionen festzustellen. Dieser Gesamtbericht soll eine allgemeine Schlussfolgerung enthalten und die Notwendigkeit, ohne Schwäche die Ausführungen der vorgeschlagenen Maßnahmen innerhalb der verschiedenen festgesetzten Fristen zu verlangen. Diese Fristen bewegen sich zwischen einigen Wochen und mehreren Monaten, entsprechend der Wichtigkeit der zu treffenden Maßnahmen, auf die sie sich beziehen. Die weitest ausgedehnte Frist geht aber nicht über den Monat Juni hinaus.

Paris, 26. Januar. Ueber die heutige Vormittags-Sitzung der Konferenz berichtet die Agence Havas, die Sitzung sei vollkommen ausgefüllt worden mit dem Vortrag des Finanzministers Doumer über die Wiedergutmachungsfrage. Der Minister habe gesagt, daß das bisherige französische Budget mehr als 16 Milliarden Frank Ausgaben enthalte für den Wiederaufbau und für die Zahlung von Pensionen an Witwen und Kriegsverletzte. Diese Summe müsse Deutschland zurückerstaten, wenn man das Gleichgewicht des Budgets wieder herstellen wolle. Ueber die praktischen Mittel, die ergriffen werden müssen, damit Deutschland bezahle, werde Minister Loucheur sprechen. Der Minister werde der Konferenz noch einige weitere Dokumente übermitteln, so daß die Erörterung des Problems morgen vormittag fortgesetzt werden könne.

Paris, 26. Januar. Nach dem amtlichen Bericht über die heutige Vormittags-Sitzung hat die Konferenz in kurzer Sitzung beschlossen, schon jetzt Estland und Lettland rechtlich anzuerkennen. Die rechtliche Anerkennung Litauens aber müsse aufgeschoben werden bis zur endgültigen Regelung der Frage von Wilna, mit der der Völkerbund betraut sei. Die Konferenz erklärte formell, der Anerkennung Georgiens günstig gegenüberzutreten, wenn von diesem Staat ein formelles Ersuchen gestellt wird. Die nächste Sitzung der Konferenz wird Entscheidungen treffen über den Bericht der militärischen, maritimen und Luftschiffahrts-Sachverständigen.

200 Milliarden soll Deutschland zahlen.

Paris, 27. Januar. (TU.) Doumerge erklärte in der gestrigen Sitzung der alliierten Staatsmänner, daß die Gesamtentlastungssumme, die Deutschland zu bezahlen haben werde, mit 200 Milliarden festgesetzt worden sei, von denen 112 Milliarden auf Frankreich entfallen werden. Zur Bezahlung der Summe werden Deutschland 30 Jahre Zeit gelassen werden. Wenn es sich aber erweisen sollte, daß diese Frist zu kurz bemessen sei, so würde man den Zeitraum verlängern. In Boulogne sprach man von 42 Jahren. Um die Zahlung zu ermöglichen, hat Deutschland nach dem Beispiel eines einfachen Bürgers, dessen Schulden größer als seine Einnahmen sind, zu verfahren, und es müßte daher einen Teil seines Besitzes verpfänden, wie z. B. Eisenbahnen, Bergwerke usw. Doumerge erinnerte an die vielen Toten, die Frankreich zu beklagen hat, und die Verwaisten; es brauche 34 Milliarden für Pensionen und 48 Milliarden für den Wiederaufbau. Ohne diese Summe müßte Frankreich den Bankrott erklären. Man sagt, daß Deutschland dieselben Gefahren bedrohen. Wenn aber ein Staat bankrott werden sollte, so sei es moralisch, wenn das Land bankrott geht, das den Krieg begonnen habe.

Die Schuld an Oesterreichs Elend.

Paris, 26. Januar. Nach dem Echo de Paris soll Lloyd George zu der Frage der Unterstützung Oesterreichs erklärt haben, daß nicht ständig eine Wohltätigkeitspolitik betrieben werden könne. Großbritannien und die Vereinigten Staaten hätten bereits 14 Millionen Pfund Sterling vorgeschossen. Vor allen Dingen müßten diejenigen Staaten Oesterreich zu Hilfe kommen, die aus der Aufteilung Oesterreichs Nutzen gezogen hätten. Briand habe erklärt, die Alliierten seien doch gewissermaßen für die schwierige Lage Oesterreichs verantwortlich. Sie hätten es doch zerstückelt. Lloyd George habe sich dann schließlich damit einverstanden erklärt, Oesterreich durch Staatskredite zu helfen.

Der Ausgang eines Verleumdungsfeldzuges

München, 27. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In dem Prozeß des Reichsjustizsekretärs gegen den Abg. Gandorfer, dem ehemalsigen Vorsitzenden des Landes-Agnarats wurde bekanntlich, daß auf das Vermögen Gandorfers gelegte Arrest aufgehoben. Gandorfer war beschuldigt, größere Summen von der Verfeinerung von Hoerespferden für sich verwendet zu haben. Die zaktionäre Presse hatte eine große Fehde gegen Gandorfer erhoben und unsere ermordeten Genossen Kurt Eisner mit diesen erfindenen Geldschiebungen in Verbindung gebracht. In der heute bekannt gewordenen Urteilsbegründung heißt es, daß Gandorfer kein Mann ist, dem unlautere Vermögensschiebungen zugeteilt werden können. Daß Gandorfer Vermögen in die Schweiz ver-

schoben habe, habe sich als falsches Gerücht herausgestellt. Bei Kenntnis des wahren Sachverhalts würde das Gericht den Arrest nicht angeordnet haben. — Damit ist die ganze Fehde gegen Gandorfer, mit der besonders Kurt Eisner getroffen werden sollte, als elende Verleumdung entlarvt.

Der Konflikt mit dem bayerischen Justizminister.

München, 27. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Konflikt der sozialistischen Fraktionen mit dem bayerischen Justizminister wird jetzt vom Justizminister vor sich sezt, anscheinend in der Absicht, Zeit zu gewinnen, um die Sache wieder einzurenten. Am 27. Januar sollten einige Vorlagen des Justizrats im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtags verhandelt werden, bei denen der Justizminister anwesend sein müßte. Die sozialistischen Parteien haben aber, wie schon gemeldet, erklärt, mit dem Justizminister solange nicht mehr verhandeln zu können, als dieser nicht die gestellten Fragen beantwortet. Der Minister zieht sich nun dadurch aus der Verlegenheit, daß er seinen deutschnationalen Parteifreund, der zu den Vorlagen im Ausschuß referieren sollte, beauftragt, sich für diesen Tag zu entschuldigen, was denn auch geschah und zur Folge hatte, daß die den Justizrat betreffenden Vorlagen von der Tagesordnung des Haushaltsausschusses abgesetzt wurden. Damit ist die Austragung des Konflikts aber nur aufgeschoben.

Regierungskrise in Braunschweig?

Berlin, 27. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Im braunschweigischen Landtag erklärten bei der Beratung des Etats des Staatsministeriums die Führer sämtlicher bürgerlicher Parteien, daß ihre Parteifreunde der seit vorigem Sommer in Braunschweig bestehenden rein sozialistischen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen und folglich den Etat in seiner Gesamtheit ablehnen. Die Neu-Kommunisten haben noch keine Erklärung abgegeben und von der Haltung der 3 Neu-Kommunisten wird es abhängen, in welchem Sinne die neue Kabinettskrise morgen oder übermorgen zur Entscheidung kommt.

Eine Offensive der italienischen Orgeß.

Berlin, 27. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Im Anschluß an den gemeldeten Angriff der nationalsozialistischen Verbände auf den Avantk teilte die Rote Fahne noch folgendes mit: Aus Bologna wird berichtet, daß die Faschisten auch dort das sozialistische Parteihaus gestürmt haben und daß sich die herbeigeholte Polizei geweigert hätte, einzugreifen. In Modena ist die Druckerei unserer Zeitung zerstört worden. In Ferrara, Perugia und Turin soll es zu blutigen Kämpfen gekommen sein. Ueberall, wo gekämpft wurde, gab es zahlreiche Tote und Verwundete. Der weisardistische Faschistenbund scheint den Ueberfall gleichzeitig in allen Orten nach einem Plan durchgeführt zu haben aus Rache für einen Nationalisten, der bei den letzten Wahlen in Modena ums Leben kam.

Anerkennung des Griechenkönigs durch England?

Paris, 26. Januar. (TU.) Matin meldet, daß England König Konstantin von Griechenland anerkennen will. Der neu ernannte englische Gesandte in Athen wird dem König sein Beglaubigungsschreiben übergeben.

Geburtstag auf Schloß Doorn.



... Diese vielen Beweise der Liebe und Treue meines Volkes. Ich muß doch meine Rede für den Einsatz in Berlin ausarbeiten. ...

Ostliche und westliche Revolutionen.

Von Otto Jensen.

Die Industrie beherrscht das Wirtschaftsleben Deutschlands, Englands und selbst der weniger entwickelten Staaten Westeuropas. Der Fortgang der industriellen Produktion ist notwendig für die Bevölkerung und ein Stöden wichtiger Betriebszweige wäre todtbringend für die Wirtschaft. Dazu kommt, daß der Widerstand der herrschenden Klassen in Westeuropa weit stärker ist und sein muß dank der langen kapitalistischen Entwicklung, die diese Länder durchliefen. Wir haben es hier mit einer starken, zwar durch den Krieg erschütterten Kapitalistenklasse zu tun; neben dieser Bourgeoisie steht aber, und das hebt Bauer mit Recht hervor, ein von bürgerlichem Geist beherrschtes Kleinbürgertum und, was wichtiger ist, eine im Besitz des Bodens seit etwa hundert Jahren lebende Bauernschaft. Diese Bauernschaft ist politisch interessiert, wirtschaftlich gut organisiert und wird geistig beherrscht und politisch geführt von einem verbürgerten Großgrundbesitzeradel, der als Militärkaste über Gewaltmittel verfügt und auch als wirtschaftlicher Faktor bei der Nahrungsmittelnot der Nachkriegszeit von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Dadurch verschiebt sich das Problem der Eroberung und Befestigung der wirtschaftlichen Macht im modernen Industriestaat im Vergleich zum sporadisch industrialisierten Agrarstaat. Die moderne Arbeiterklasse muß den Kampf führen im Bunde mit der Landarbeiterschaft, deren politisches Erwachen und ökonomische Organisation erst durch den politischen Zusammenbruch der Monarchie ermöglicht wurde, gegen den Großgrundbesitz und das diesem Gefolgschaft leistende Bauerntum. Vielleicht gelingt es, die Kleinbauern zu neutralisieren; aber je schärfer der Kampf sich gestaltet, desto stärker werden die Eigentumsinstinkte der von bäuerlicher Kultur und sozialem Empfinden nur oberflächlich beherrschten Bauernschaft sich gegen das Industrieproletariat richten. Dieser grundlegende Unterschied beeinflusst nicht nur das Tempo der Sozialisierung, die sich nur als fortlaufende Teilsozialisierung der Industrie realisieren kann, sondern sie ändert auch das Wesen des Kampfes um die Agrarverfassung. Es gilt die Großbetriebe zu sozialisieren und das bürgerliche Bodeneigentum zu überwinden, nicht es herzustellen wie in Rußland.

Das Proletariat kann sich daher nicht auf die Bauernschaft stützen, sondern nur auf die Landarbeiter als Bundesgenossen rechnen. Diese Schicht ist aber erst politisch erwacht und bedarf noch der Schulung durch Massenerfahrung und große Kämpfe.

Diese Erkenntnis muß uns nicht pessimistisch stimmen. Wir in Deutschland liegen nicht nur geographisch, sondern auch politisch, kulturell und sozial zwischen England und Rußland und unsere Kampfmethoden und wirtschaftlichen Revolutionsziele sind eine Mischung aus beiden Typen der Weltrevolution. Wir werden nicht so ruhig demokratisch, wie es in England beim Fehlen einer starken Bauernschaft vielleicht möglich ist, zum Sozialismus gelangen, aber auch wir müssen mit einem modernen Proletariat, mit einer unvollkommenen bürgerlichen Demokratie den Massenkampf führen auf dem Boden der Demokratie, die sich nicht nur in formaler Abstimmungslosigkeit äußert, sondern deren Wesen Bauer sehr glücklich mit folgenden Sätzen kennzeichnet:

... Die Demokratie ist diejenige Staatsform, innerhalb deren die Machtverteilung im Staate ausschließlich durch die sozialen Machtfaktoren bestimmt, nicht durch die Anwendung materieller Gewaltmittel zugunsten einer Klasse verfochten wird.

Alle sozialen Machtfaktoren bestimmen die Machtverteilung im demokratischen Staat. Zunächst die Zahl. Dann die Organisation. Weiter die Stellung im Produktionsprozeß. Ebenso die politische Regsamkeit und das Kulturniveau. ...

Der „Gesamtwille“ des demokratischen Staates ist bloße Reflektierende der sozialen Machtfaktoren. Wenn z. B. die kapitalistische Entwicklung die Zahl der Proletarier vergrößert, ihre Organisation fördert, ihr Klassenbewußtsein weckt, ihr Kulturniveau erhöht, so wächst im gleichen Maße auch die Macht des Proletariats im demokratischen Staat. ... Die Demokratie ist bloße Form; ob diese Form mit kapitalistischem, bäuerlichem oder proletarischem Inhalt gefüllt wird, hängt von den sozialen Machtfaktoren ab. Die Demokratie ist ein Instrument der Klassenherrschaft; aber dieses Instrument kann, je nach dem Entwicklungsgrad der sozialen Machtfaktoren, in die Hände verschiedener Klassen fallen, in die Hände der Bourgeoisie, der Bauernschaft, des Proletariats. Ist die Demokratie in der Regel nur eine Form der Herrschaft der Bourgeoisie, so wird sie auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der sozialen Machtfaktoren zur Form der Herrschaft des Proletariats. ... (S. 109/110.)

Es ist irrig, anzunehmen, daß diese Demokratie gleichzusetzen ist dem bürgerlichen Parlamentarismus; es ist ferner irrig, zu glauben, daß diese Demokratie nicht Gewalt anwenden kann, um den Einfluß aller Mächte zu brechen, die antidemokratisch sind. Bauer selbst gibt diese Möglichkeit zu, wenn er schreibt:

... Natürlich beruht in jeder Staat, auch der demokratische auf der Gewalt. Aber der demokratische Staat benützt die Gewalt nur zu dem Zweck, um seinen Gesetzen, Verordnungen, Verfügungen gegen widerstrebende Minderheiten Geltung zu